

WORK IN PROGRESS. WORK ON PROGRESS
Doktorand*innen-Jahrbuch 2018 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**WORK IN PROGRESS.
WORK ON PROGRESS.**

Beiträge kritischer Wissenschaft

Doktorand*innenjahrbuch **2018**
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herausgegeben von Marcus Hawel

Herausgeber*innenkollektiv:

Sarah Heinemann, Nina Kaiser, Lucia Killius und Martin Schröder

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de/studienwerk

Die Doktorand*innenjahrbücher 2012 (ISBN 978-3-89965-548-3), 2013 (ISBN 978-3-89965-583-4), 2014 (ISBN 978-3-89965-628-2), 2015 (ISBN 978-3-89965-684-8), 2016 (ISBN 978-3-89965-738-8) und 2017 (ISBN 978-3-89965-788-3) der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind ebenfalls im VSA: Verlag erschienen und können unter www.rosalux.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-890-3

Inhalt

Einleitung: Krise und Identität 7

ZUSAMMENFASSUNGEN 22

ERKENNTNISTHEORIE

Ki-myoung Kim

Bibelkritik als politische Handlung 27

Spinozas Theologisch-politischer Traktat

Jan Rolletschek

›Materialist aus der Schule Spinozas‹ 45

Gustav Landauers spinozistischer Anarchismus

ARBEIT

Christine Braunersreuther

Die Mär vom Migranten 63

Oder: Warum Migration von Frauen nach wie vor skandalisiert
und/oder verschwiegen wird

Philipp Frey

Vom Unabgegoltenen der Automation 79

Einige Gedanken zur gegenwärtigen Automationsdebatte
aus Sicht kritischer Technikfolgenabschätzung

KÖRPER – MACHT – IDENTITÄT – GENDER

Sarah Heinemann

Der Ursprung des Leidens liegt im Schoß der Frau 93

Robert Betz und seine Lehren der Transformation
vom Normalsein zum Glück

Vanya Solovey	
Is an »Armchair Feminist« a Coward?	106
Debates Over Activist Methods Within Feminist Movements in Russia	

EMANZIPATION UND UTOPIE

Karl Voßkübler	
Substanz und Differenz	123
Ein Gegenentwurf zu Ernesto Laclau und Chantal Mouffe	
Lisa Doppler	
Organische Intellektuelle organisieren Spontaneität	140
Reflexionen zu Marcuse, Gramsci und der Refugee-Bewegung	

NACHWORT

Marcus Hawel	
Neueste Unübersichtlichkeiten im permanenten Krisenmodus	158

AUTOR*INNEN & HERAUSGEBER*INNEN	184
--	-----

VERÖFFENTLICHTE DISSERTATIONEN VON STIPENDIAT*INNEN AUS DEN JAHREN 2017-2018	187
---	-----

REGISTER »WORK IN PROGRESS«	197
--	-----

Einleitung: Krise und Identität

Im vergangenen Doktorand*innenjahrbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung hieß es an eben dieser Stelle: »Die Zeiten sind nicht die Besten für kritische Wissenschaftler*innen.«¹ Wohl wahr, denn sowohl der strukturelle als auch der direkte physische Angriff auf Kritiker*innen des Bestehenden und absehbar Zukünftigen geht beinahe weltweit ungebremst weiter. Inhaltlich hingegen fällt das Fazit durchaus anders aus, gibt es doch unentwegt Anlass und Grund für kritische Beobachtung, Analyse (und Aktion) in und außerhalb der akademischen Betriebe.

Angesichts der anhaltend schlechten Nachrichten dürfte es vielen schwerfallen, nicht dem ohnehin verbreiteten Zynismus anheimzufallen: Rechte Parteien sind in Europa (und andernorts) immer erfolgreicher. In den meisten EU-Ländern sitzen rechtsradikale Abgeordnete in den nationalen Parlamenten, in einigen Ländern sind sie Teil der Regierung. Innerhalb der letzten Monate sind zwei weitere rechte Regierungen dazugekommen. In Italien sorgt die populistisch-neoliberal-rassistische Koalition aus *5-Sterne-Bewegung* und *Lega* für noch mehr Sterben im Mittelmeer und eine drastische Verschärfung der sozialen Lage im Land selbst – hauptsächlich (aber nicht nur) für Migrant*innen und alle, die als ›fremd‹ gebrandet werden. In Österreich dagegen macht sich die ÖVP-FPÖ-Koalition eifrig daran, die nächste »illiberale Demokratie«² nach ungarischem Vorbild zu schaffen. Der Wehrsportgruppler a. D. Heinz-Christian Strache³ als Vizekanzler wird es schon richten. In Polen ist man da bereits einen Schritt weiter, die Judikative, die Wissenschaft und die Medien als (zumindest potenziell) wirksame Korrektive der größten Ungerechtigkeiten sind arg geschwächt. Der polnische ›Volkskörper«

¹ Herausgeber_innenkollektiv: Einleitung. Gewalt und Identität, In: Marcus Havel; Herausgeber_innenkollektiv: Work in Progress. Work on Progress. Beiträge kritischer Wissenschaft. Doktorand_innenjahrbuch 2017 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg 2017, S. 9.

² Als solche bezeichnete der ungarische Präsident Orbán seine geplante Staatsform selbst während einer Rede zu Student*innen. Vgl.: Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp, <https://tinyurl.com/n4226wy> (8.11.2018), www.kormany.hu/en. Der Begriff selbst ist dabei vermutlich entlehnt vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Fareed Zakaria. Vgl. Fareed Zakaria: The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad, New York 2003.

³ Siehe unter anderem Leila Al-Serori; Oliver Das Gupta: Die Akte Strache, <https://tinyurl.com/ybt46wva> (8.11.2018), www.sueddeutsche.de.

kann also beinahe ungestört vor dekadenten Einflüssen (Abtreibungen, EU, ›westliche‹ Kultur, Migrant*innen) geschützt werden. Sieht so die Zukunft Europas aus? Oder zumindest der sogenannten Visegrád-Staaten⁴ im östlichen Mitteleuropa?

Im Jahr 2017 ertranken nach Zählung der *Internationalen Organisation für Migration* (IOM)⁵ 3.116 Menschen im Mittelmeer.⁶ Vermutlich liegt die Dunkelziffer beträchtlich höher. Während die privat organisierte Seenotrettung zwischenzeitlich vollständig durch *Frontex*, Polizei und Politik lahmgelegt wurde, darf immerhin noch gezählt werden, wie viele Menschen der inhumanen Grenzpolitik der Europäischen Union und vieler ihrer Mitgliedsstaaten zum Opfer fallen. Währenddessen stellt die deutsche Regierung brutalen Milizen in Libyen Geld zur Verfügung, damit sie möglichst viele Geflüchtete von der Überfahrt abhalten. Denjenigen, die es dennoch nach Europa schaffen, droht häufig weiterhin die Abschiebung oder zumindest ein jahrelanges Leben in doppelter Unsicherheit. Denn erstens dauern die behördlichen Verfahren zur Bestimmung des Asyl- oder Aufenthaltsrechts oft mehrere Jahre, in denen den Geflüchteten elementare Rechte (auf Bildung, gesellschaftliche Partizipation, freie Wahl des Wohnortes und Arbeitsplatzes etc.) abgesprochen werden.⁷ Zweitens sind Geflüchtete ebenso wie andere Nicht-Weiße von rassistischen Anfeindungen und Attacken bedroht, und zwar nicht nur in Sachsen.

Nicht nur mit libyschen Milizen werden fleißig Deals gemacht, um flüchtende Menschen von Europas Grenzen fernzuhalten, sondern auch mit der Türkei – jener Türkei, die durch den De-facto-Sultan Recep Tayyip Erdoğan zu einem autokratischen Staat transformiert wurde, in dem es weder freie Presse noch Versammlungsfreiheit gibt, und die mit ihren Angriffen auf die kurdischen Gebiete in Syrien die ohnehin schier aus-

⁴ Die Visegrád-Gruppe ist ein loser Verbund, der seit einem ersten gemeinsamen Treffen 1991 im ungarischen Visegrád aus Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn besteht. In einem Radio-Feature wies Anne Raith darauf hin, dass es außer der Ablehnung von Geflüchteten kaum gemeinsame Standpunkte gebe. Anne Raith: Vereint gegen Flüchtlinge, mehr nicht, <https://tinyurl.com/ybxf9oh> (8.11.2018), www.deutschlandfunk.de.

⁵ Die IOM ist eine den Vereinten Nationen angegliederte Organisation zur operativen Hilfe für Migrant*innen.

⁶ Vgl. »Mehr als 3.000 Bootsflüchtlinge starben 2017 im Mittelmeer«, <https://tinyurl.com/y8cert5s> (8.11.2018), www.zeit.de.

⁷ Wobei hier keinesfalls einer schnelleren Abschiebung das Wort geredet werden soll, sondern der Achtung aller Grund- und Menschenrechte als Minimalforderung an einen humaneren Umgang mit Geflüchteten.

weglose Lage im Nachbarland weiter verschlimmert. Mit der Ankündigung von »Säuberungen« werden die Kurd*innen auf beiden Seiten der Grenze angegriffen und ihre (gerade in dieser Region) einzigartigen demokratischen Strukturen zerschlagen.

Zum Krieg im Jemen, den gewaltsamen Vertreibungen in Myanmar, der Internierung von vermutlich einer Million Uigur*innen in China und der Wahl von Jair Bolsonaro zum brasilianischen Präsidenten, einem ultra-rechten, evangelikalen Hardliner, den Glen Greenwald als »the most misogynistic, hateful elected official in the democratic world«⁸ charakterisierte, ließen sich ähnliche Zeilen schreiben.

Donald Trump ist auch noch da, der Kapitalismus, Rassismus und das Patriarchat ebenso. Ein Ende des politischen und ökonomischen Systems, das beständig »Krisen« produziert, im Grunde selbst persistente Krise ist, ist mithin nicht absehbar.

Wozu dann noch kritische Wissenschaft?

Sollten Linke, insbesondere linke Wissenschaftler*innen deshalb kapitulieren und einsehen, dass sie dem Elend der Welt nichts entgegenzusetzen haben als den oben anklingenden Fatalismus? Nein, denn zum einen bietet gerade kritische Wissenschaft eine Möglichkeit, die Ursprünge dieser Gewalt zu erkennen: »Sie legt die strukturellen Ursachen von Krisen und Gewalterlebnissen offen«,⁹ hieß es dazu im Vorwort des letztjährigen Jahrbuches. Zumindest für den oder die Einzelne*n bietet das in der Kritik nicht zwangsläufig inhärente aber doch mögliche Verstehen einen Ausweg aus der zynischen Affirmation einer Welt, die nun mal so sei, wie sie sei.

In diesem Band zeigt etwa Jan Rolletschek in seinem Beitrag zu Gustav Landauers spinozistischem Anarchismus, dass auch in der Vergangenheit kritische, philosophisch-politische Interpretationen (in diesem Fall die Beschäftigung mit Spinozas Gedankengut) als Grundlage für den Aufbau eines neuen gesellschaftlichen Systems dienen. Zum anderen können kritische wissenschaftliche Analysen damals wie heute als politische Handlungen und Interventionen wirken, wie der Beitrag von Ki-

⁸ Glen Greenwald; Andrew Fishman: The Most Misogynistic, Hateful Elected Official in the Democratic World: Brazil's Jair Bolsonaro, <https://tinyurl.com/z8lh26j> (8.11.2018), www.theintercept.com.

⁹ Herausgeber_innenkollektiv 2017, S. 21.

myoung Kim zu Spinozas Bibelkritik zeigt. Die zahlreichen Krisen und konkreten Anlässe für Ärger und Wut der letzten Monate und Jahre haben außerdem etwas Wichtiges gemeinsam: Sie sind nicht ohne Widerspruch geschehen. Vielmehr scheint der Unmut am Bestehenden fortlaufend und ebenso zu wachsen wie die Unterstützung für die Betroffenen.

Jeden Tag engagieren sich Menschen in Vereinen, Initiativen, auf der Arbeit und auf dem Campus, in Camps und Lagern, Kunstaktionen, in der Nachbarschaft, Gewerkschaften und Klassenräumen. Sie kämpfen gegen Verdrängung von Mieter*innen, soziale Kürzungen, rechte Hetze und Gewalt, Homophobie und die Zerstörung der Umwelt für Profit und tragen ihre Kämpfe auch auf die Straße: Im Mai protestierten über 40.000 Menschen gegen das neue bayrische Polizeigesetz. Über 65.000 Menschen kamen zum Konzert »Wir sind mehr« in Chemnitz, um sich laut gegen rechte Gewalt und Rassismus zu stellen. Mehr als 50.000 Leute forderten am Hambacher Wald einen schnellen Kohle-Ausstieg und den Erhalt des dortigen Waldes. Zur Antirassistischen Parade »We'll come united« in Hamburg zog es über 30.000 Teilnehmer*innen, die für ein angstfreies Leben demonstrierten. In Berlin ging eine viertel Million Menschen für unteilbare Solidarität und gegen das Ausspielen von Sozialstaat gegen Flucht und Migration auf die Straße. Weltweit ließen sich ähnliche Beispiele finden.

Vereine wie *medico international* sammeln Spenden, unterstützen den Aufbau eines kostenfreien Gesundheitssystems in Nord-Kurdistan und leisten Hilfe bei der Versorgung der Geflüchteten aus Afrin. Verschiedene Initiativen organisieren Rettungsschiffe, um Menschen auf dem Weg nach Europa nicht ertrinken zu lassen. Dahinter stehen neben denjenigen, die in See stechen, viele Engagierte auf unterschiedlichen Ebenen; auch zahlreiche Spender*innen, die die Arbeit ermöglichen und eine Mehrheit der Bevölkerung, die die Arbeit von Seenotretter*innen richtig findet. Mehrere Millionen Menschen in Deutschland waren seit 2015 in Initiativen mit Geflüchteten engagiert. Es werden Abschiebungen verhindert und es gibt Bestrebungen deutscher und europäischer Städte, zu *Solidarity Cities* zu werden, um (nach US-amerikanischem Vorbild) Menschen ohne Papiere besseren Zugang zu Gesundheitsversorgung zu ermöglichen oder an der Abschottungspolitik der Bundesregierung vorbei Leute aufzunehmen.

Innerhalb der Refugee-Bewegung sind die Motive, aber auch die Formen des Widerstands und die Art der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Missständen dabei sehr divers. Wie Lisa Doppler in ihrem Beitrag zu Intellektuellen in der Refugee-Bewegung in diesem Band

zeigt, spielen dabei auch theoretische Auseinandersetzungen mit Herbert Marcuse und Antonio Gramsci eine Rolle, indem sie eine theoriebasierte Grundlage für (selbst)reflektierten Aktivismus und Kritik bieten. Auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Aktivismus ist (Selbst-)Reflexion ein fundamentaler, selbstverständlicher Teil der Arbeit neben (und verschränkt mit) Theorie und Praxis geworden: Wie genau ist unsere Rolle als Engagierte definiert? Wo ist unser Standpunkt, wie sind wir verortet im System aus Unterstützung und jenen, die Unterstützung benötigen? Wo stoßen wir an strukturelle oder persönliche Grenzen? Und natürlich: Was soll, was kann erreicht werden? Vanya Solovey zeigt in seinem Beitrag zur feministischen Bewegung in Russland exemplarisch, wie (Online-)Aktivismus reflektiert wird – und welchen Beitrag kritische Wissenschaft in diesem Prozess leisten kann.

Linkes Engagement, Utopien und die Bedeutung von Identität

Das beschriebene, vielfältige linke Engagement scheint dabei heute vor allem ein Abwehrkampf gegen noch mehr Elend, Inhumanität und Irrsinn zu sein. Wie aber können die zahlreichen und teils sehr unterschiedlichen Initiativen, Gruppen und Vereine, all die Menschen, die sich für Verbesserungen einsetzen, den Weg von einer ›Feuerwehr-Politik‹ hin zu einer tatsächlichen Transformation der Gesellschaft beschreiten? Um noch einen Schritt weiter zurückzugehen: Hat die Linke, oder besser: Haben die Linken noch eine Utopie vom besten Leben für alle? Wie kann Utopia im 21. Jahrhundert von links gedacht werden? Und, wie steht es um konkrete linke Zukunftsentwürfe? Wie soll das zumindest erst einmal bessere Leben für alle organisiert werden und wo lassen sich heute Ansätze davon in unserer jetzigen politischen Praxis finden? Wird auch linke Politik nur für eine bestimmte Gruppe Menschen gemacht, seien es die schrumpfende Arbeiter*innenklasse, Migrant*innen oder das wie auch immer definierte nationale Kollektiv? Oder werden prinzipiell alle mitgedacht?

Das sind nicht nur für kurzfristige politische Projekte wichtige, grundsätzliche Fragen. Auch größere politische Bewegungen, wie die katalanische Unabhängigkeitsbewegung, lassen sich hiernach untersuchen.

Auf der einen Seite des Konflikts steht der spanische Zentralstaat, eine Monarchie mit zahlreichen Kontinuitäten aus dem faschistischen Spanien Francos. Auf der anderen Seite das plurinationale Katalonien, das in den 1930er Jahren eine Hochburg der Anarchistischen Revolu-

tion war. Die katalanische Mitte-Links-Koalition versuchte lange Zeit mit Gesprächsangeboten und Kompromissbereitschaft, den durch die spanische Verfassung vorgegebenen Rahmen auszuschöpfen, um zu mehr Kompetenzen zu kommen. Dies wurde immer wieder durch den spanischen Zentralstaat blockiert und auch vom katalanischen Parlament durch erlassene Gesetze (und dabei besonders solche, die soziale und wirtschaftliche Fragen fortschrittlicher behandeln, wie Grundeinkommen oder die Verhinderung von Zwangsräumungen, bis hin zu Ladenöffnungszeiten) verhindert. Die Forderungen nach Selbstbestimmung wurden lauter. Spätestens im Herbst 2017 machte das Referendum zur Unabhängigkeitsfrage die Ausmaße des Konfliktes auch international deutlich. Die Unabhängigkeitsbewegung war *peu à peu* aus der Bevölkerung heraus entstanden und machte auch den katalanischen Parteien Druck. So divers die Bewegung politisch vielleicht ist, sie scheint den öffentlichen Diskurs insgesamt nach links verschoben zu haben. Für die Ausrufung und Gründung der neuen Republik gab es außerdem (für Europa einzigartige) Pläne für eine demokratische Beteiligung: Auf Bürger*innenversammlungen sollte über die Grundlagen des neuen Staates beraten und diskutiert werden. Ein Jahr nach dem Referendum ist die Situation noch immer verfahren: Viele Katalan*innen fordern nach wie vor einen eigenen Staat. Internationale Anerkennung für einen solchen gibt es allerdings kaum. Die von den Katalan*innen um Hilfe angerufene Europäische Union will eine Spaltung ihres Mitgliedsstaates Spanien und die damit einhergehende Instabilität vermeiden. Ob ein katalanischer Staat überhaupt EU-Mitglied werden könnte, ist mehr als fraglich.

Wie aber halten wir als linke, kritische Wissenschaftler*innen und/oder Engagierte es nun mit der katalanischen Nationalbewegung? Sehen wir den Bruch mit einer schwerfälligen parlamentarischen Monarchie und den potenziellen Aufbau eines demokratischeren, progressiveren Staates? Wie viel taugte das Gründen eines Staates – und sei er auch demokratisch – unter linken Gesichtspunkten überhaupt? Wie schnell würde das Progressive an seine kapitalistischen Grenzen stoßen, wenn es darum ginge, die Kapitalfraktionen unter dem nationalen Schirm zu versammeln, der dann einfach andere Farben als heute trägt? Denn um die Aufhebung der kapitalistischen Zwangsverhältnisse scheint es jedenfalls nicht zu gehen. Oder könnte ein solcher, katalanischer Staat tatsächlich der Wegweiser einer übergreifenden, demokratischen Transformation sein? Sollten sich Linke überhaupt und ganz generell an der geplanten Gründung eines Staates beteiligen oder sich zumindest affirmativ darauf beziehen? Was ist mit »no border, no nation«? Reichen die (jeder-

zeit widerrufbaren) Versprechen der maßgeblichen politischen Kräfte der Nationalbewegung, Partizipationsmöglichkeiten und relativ offene Grenzen für Menschen (und Kapital) einzuführen, aus, um diesen ehemals breiten Konsens innerhalb der Linken infrage zu stellen? Oder ist die Aussicht darauf, dass das böse Franco-Spanien nun endlich doch seiner gerechten Strafe durch Spaltung zugeführt wird, zu verlockend?

Möglicherweise sähe ein solcher katalanischer Nationalstaat ein wenig so aus, wie die unter Linken heute beliebten postmarxistischen Theoretiker*innen Chantal Mouffe und Ernesto Laclau ihre »radikale Demokratie« beschrieben haben: ein, kurz gesagt, basisdemokratisches, im Wortsinne populistisches Verfahren zum Austragen von Interessenkonflikten auf nationalstaatlicher Ebene – ohne dabei aber die Ursachen für die gegensätzlichen Interessen aufheben zu können. Eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und den Konzepten von Mouffe und Laclau findet sich in Karl Voßkühlers Beitrag »Substanz und Differenz« in diesem Band.

In jedem Fall berufen sich nicht unerhebliche Teile der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung auf Kultur, Sprache und eine gemeinsame katalanisch-nationale Identität als primordiale Grundlagen ihrer, der katalanischen Nation. Das ist an sich weder neu noch hätte es vor einigen Jahren aus traditionell linker Perspektive als unterstützenswert gegolten. Doch Identität und das Berufen auf sie als Begründung politischer Standpunkte und politisch-praktischer Handlungen ist (wieder) *en vogue* – nicht nur, aber auch innerhalb der Linken. Bereits die Einleitung im vorigen Jahr trug »Gewalt und Identität« im Titel. Richtigerweise schrieb die Redaktion, dass die nationale Identität in Zeiten der Krise(n) wieder einmal zum »Nonplusultra« erklärt werde, um das zugehörige Kollektiv auf die als gemeinsam imaginierten Feinde einzuschwören.¹⁰ Während manche kollektive Identitäten aufoktroziert seien und wieder andere im Wirbel aus *Shitstorms* und sprachlicher Gewalt zugrunde gehen würden, sei es ein Merkmal der kritischen Wissenschaft, jene »Identitäten sichtbar [zu machen], die von herrschenden Normen ins Abseits gestellt werden«.¹¹ Aus unserer Perspektive lohnt es sich an dieser Stelle, erneut einen Blick auf den Identitätsbegriff zu werfen.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 14.

¹¹ Ebd., S. 21.

Identität und Identitätspolitik

Wie oben beschrieben, offenbaren die aktuellen politischen Entwicklungen auf nationaler, EU-weiter und globaler Ebene verschiedene Widersprüche und Ambivalenzen: Dem Erfolg rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen stehen Solidarisierungsprozesse, neue Formen von linkem Aktivismus und organisiertem Widerstand gegen eben jene Versuche der Ausgrenzung und Spaltung gegenüber. Der Begriff und das Konzept der ›Identität‹ spielen dabei sowohl bei rechtsgerichteten Entwicklungen als auch beim Widerstand dagegen eine zentrale Rolle. Bereits die theoretische Beschäftigung mit Identität offenbart eine große Komplexität, wobei eine wichtige Frage lautet, ob sie als prozesshaft, wandelbar und in Abhängigkeit von gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen verstanden, oder ob von einem ›natürlichen‹, unveränderbaren Wesenskern ausgegangen wird.

Das Identitätskonzept und der Begriff der Identität werden in sehr unterschiedlichen Kontexten mit sehr unterschiedlichen Intentionen verwendet. Auch im Konflikt um Katalonien spielt die Frage der Identität eine entscheidende Rolle, wobei Identität dabei unter anderem an die Verwendung einer gemeinsamen Sprache, dem Katalanischen, geknüpft ist. Ebenso werden die oben genannten Hilfen und Initiativen für Geflüchtete (auch) von kollektiven Identitäten getragen. So stützen sich beispielsweise die katholischen und evangelischen Kirchen in ihrem Engagement für Geflüchtete auf ein ›christliches‹ Selbstverständnis und einen angenommenen geteilten Wertehorizont. Und auf der Homepage des Netzwerkes der europäischen *Solidarity Cities* fragt die Bürgermeisterin von Barcelona: »Where are our European values of solidarity, humanity and dignity [...]?«¹²

Eine (auch im Herausgeber*innen-Kollektiv diskutierte) strittige Frage ist, ob das Konzept der Identität die Möglichkeit zu linkem Widerstand bietet und von Rechten vereinnahmt wird oder ob es von vornherein reaktionäres enthält. So ist ein zentraler Punkt im Grundsatzprogramm der AfD der Erhalt der »Deutsche[n] Kultur, Sprache und Identität«.¹³ Dabei geht es jedoch nicht um die Sichtbarmachung und Anerkennung mar-

¹² Solidarity cities, Testimonials, <https://solidaritycities.eu/testimonials> (16.10.2018).

¹³ Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016, <https://tinyurl.com/ya58qygp> (16.10.2018), www.afd.de, S. 92.

ginalisierter Identitäten, sondern um die Aufwertung des ›Eigenen‹ gegenüber dem ›Fremden‹ und die in jeder Hinsicht gewaltsame Verwertung ›anderer‹ Identitäten. Jene Vorstellung von Identität geht zudem von einer Unveränderbarkeit der jeweiligen Identität aus, von der Gebundenheit an einen geografischen Herkunftsort, und der Weitergabe von spezifischen Traditionen und Werten qua Geburt. Ein solches Identitätskonzept weist dabei zahllose Widersprüche auf, wie nicht nur im Falle der AfD an verschiedenen Punkten deutlich wird. Wird ein politisches Projekt auf Identität gebaut, kommt man allerdings auch ohne das Herabwürdigen oder gar Bekämpfen anderer ›Identitäten‹ unvermeidlich ins Konservatorische, in die Pflege und den Erhalt dessen, in was man durch Zufall geboren wurde, zu Folklore, oder auch auf die Idee eines Europas der Vaterländer. Im Falle der rechtskonservativen Identität bringt Migration das so gut gepflegte und behütete ›Eigene‹ in Gefahr.

Dabei führen nicht nur aktuelle, sondern auch vergangene Migrationsbewegungen zu Widerstand und Ablehnung, wie Christine Braunersreuther in ihrem Artikel herausarbeitet: Ihre Auseinandersetzung mit aktuellen Befunden zu frühgeschichtlicher weiblicher Migration und den folgenden Reaktionen verweist darauf, wie stark sich privilegierte Gesellschaftsgruppen gegen den vermeintlichen Verlust von Privilegien wehren. Da ist es auch egal, ob jene Veränderungen bereits vor Hunderten oder Tausenden von Jahren stattfanden. Denn ein Umschreiben von Geschichte bedeutet in diesem Fall die Infragestellung des Patriarchats und somit immer noch vorherrschender Unterdrückungsstrukturen.

Häufig spielt im Zusammenhang mit dem Identitätsbegriff im politischen Raum ›Identitätspolitik‹ eine Rolle, also politisches Handeln auf Basis einer angenommenen kollektiven Identität und daraus abgeleiteten Überzeugungen und Bedürfnissen. Obwohl Identitätspolitiken ihrem Ursprung nach mit emanzipatorischen Bewegungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in den USA assoziiert werden (Frauen, *people of color* etc.), wird Identitätspolitik als Strategie auch zunehmend von sich selbst als marginalisiert und bedroht wahrgenommenen Gruppen der politischen Rechten eingesetzt. Gleichzeitig wird aber durch die explizite Verwendung von Identitätskategorien im öffentlichen Raum deren Inhalt diskutierbar, »verhandelbar«¹⁴ und kann somit auch verändert

¹⁴ Pohlen, Carola: Kategorien, die fiesen Biester: Identitäten, Bedeutungsproduktionen und politische Praxis. In: Jutta Jacob; Swantje Köbsell; Eske Wollrad (Hrsg.): Gendering disability: intersektionale Aspekte von Behinderung und Geschlecht, Bielefeld 2010, S. 95-111, hier: S. 105.

werden. Identitätskategorien ermöglichen also nicht nur politische Intervention auf Basis angenommener Gemeinsamkeiten. Die Diskussion von Identitätskategorien und dadurch hervorgerufenen Irritationen können selbst eine politische Intervention darstellen. Die zuvor angenommene Homogenität einer Kategorie, sei es beispielsweise in Bezug auf Geschlecht, Nation, Klasse oder Körper, wird hinterfragt und für neue Bedeutungen geöffnet.

Trotz verschiedener Interventions- und Kritikmöglichkeiten ist im Falle linker Politik (linksliberale) Identitätspolitik nicht erst seit der Wahl Donald Trumps umstritten. So lautet einer der Vorwürfe, die Konzentration auf Identitätspolitiken lenke von Verteilungsfragen und strukturellen Problemen ab, liefere eine Vorlage für rechte Akteur*innen oder ermögliche, wenn sie falsch verstanden werde, die Komplizenschaft mit einem »progressiven Neoliberalismus«. ¹⁵ Andere hingegen sehen eine Gefahr darin, diese beiden Ansätze linker Politik als unvereinbar zu betrachten, und halten ein Neben- und Miteinander dieser Strategien für möglich und nötig. Christian Volk beispielsweise warnt davor, »Antidiskriminierungspolitik gegen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ausspielen zu wollen« ¹⁶ und ist sich sicher: »Die Wiederentdeckung der sozialen Frage wird den Rechtspopulismus nicht zurückdrängen.« ¹⁷ Und auch wenn beispielsweise Sighard Neckel sich sicher ist, dass »der Kampf um Anerkennung vielfach gewonnen« wurde, ganz im Gegensatz zum »Kampf um Umverteilung«, ¹⁸ zeigt beispielsweise ein Blick auf die Kämpfe von Inter- und Transpersonen oder von Menschen mit Behinderung, dass sowohl an der Anerkennungs- als auch an der Umverteilungsfrente weiterhin gekämpft werden muss. ¹⁹

¹⁵ Fraser, Nancy: Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2017, S. 71-76, hier: S. 72.

¹⁶ Volk, Christian: Essay Rechtspopulismus: Diagnose mit zwei zentralen Fehlern. In: taz, Gesellschaft vom 25.2.2017, www.taz.de/!5383964/ (29.10.2018).

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Neckel, Sighard: Populismus. Aus Scham wird Rache. In: Süddeutsche Zeitung Online vom 21.11.2016, www.sueddeutsche.de/kultur/populismus-aus-scham-wird-rache-1.3259210?reduced=true (29.10.2018), www.sueddeutsche.de.

¹⁹ Für einen Überblick zur Diskussion um Identitätspolitik vgl. zum Beispiel Ole Meinefeld: Identitätspolitik – Facetten einer Debatte, www.boell.de/de/2017/07/26/identitaetspolitik-facetten-einer-debatte (8.11.2018), www.boell.de.

Im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise tritt bei der Frage nach Identität und Anerkennung im öffentlichen Diskurs erneut das alte Problem zwischen Liberalismus und Kommunitarismus in den Vordergrund, also die Diskussion über das Primat des Individuellen versus das Primat des Gemeinsamen. Denn die Anerkennung kollektiver Identitäten bedeutet gleichzeitig die Anerkennung von Differenzen, zum Beispiel kultureller Differenzen. Diese Anerkennung von (kultureller oder anderer) Differenz soll bei gleichzeitiger Einigung auf einen gemeinsamen Wertheorizont stattfinden. Die praktische Umsetzung dieses Anspruchs ist auch für ›die‹ Linke, eine teilweise zersplitterte und zerstrittene Linke, eine große Herausforderung. Die Sehnsucht danach zeigte sich aber in der oben erwähnten Demonstration in Berlin am 13. Oktober 2018, bei der unter dem Motto »unteilbar« eine viertel Million Menschen auf die Straße gingen. Die Veranstalter*innen nannten sowohl »eine freie und vielfältige Gesellschaft« als auch »soziale Gerechtigkeit« als wichtige Ziele.²⁰ Sowohl Verteilungs- als auch im weitesten Sinne Anerkennungsgerechtigkeit wurden hier also im Aufruf genannt. Der immense Zuspruch zeigt, dass viele Menschen für eine in jedem Sinne grenzüberschreitende Solidarität eintreten.

Identität, Emanzipation und Utopie

Geht es nun aber um die Frage einer gemeinsamen linken Utopie vom besseren Leben, um eine oben bereits gestellte Frage aufzugreifen, kommt die Identitätspolitik an ihre Grenzen. Dies muss keinesfalls als fundamentale Kritik an ihr aufgefasst werden. Wichtig ist jedoch, die »Leistungsfähigkeit« der Aufwertungs- und Anerkennungspolitik realistisch zu betrachten.

Zweifelsohne haben Identitätspolitiken nicht nur dazu beigetragen, marginalisierte Gruppen und Individuen sichtbar zu machen, sondern für und mit diesen sowohl im Diskurs als auch rechtlich, politisch und sozial ein Mehr an Gleichstellung und Partizipation erkämpft zu haben. In vielen Fällen waren diese Erfolge der vergangenen Jahrzehnte möglich, gerade weil Menschen ein ihnen gemeinsames, mehr oder minder Identität stiftendes Merkmal – Homosexualität, Queerness, Migrationserfahrung etc. – politisch gegen die desinteressierte oder ablehnende Bevöl-

²⁰ Vgl. Aufruf: #unteilbar. Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!, www.unteilbar.org/aufruf/ (29.10.2018).

kerungsmehrheit in Stellung bringen konnten. Unterstützung bekamen die jeweiligen Gruppen nicht nur, aber hauptsächlich aus sich selbst als links verstehenden Kreisen, obgleich es sich gerade bei der rechtlichen Gleichstellung um ein dezidiert liberales Projekt handelt, das an die ursprünglichen Ideen der Aufklärung anknüpft.

Die tatsächliche formale und praktische Gleichheit der Bürger*innen (noch besser: aller Menschen) bedeutet in der Tat einen enormen emanzipatorischen Fortschritt. Doch enthält, wie oben beschrieben, Identitätspolitik im Kern immer auch eine Betonung von Differenz, von kulturellen, sprachlichen oder ›natürlichen‹ Unterschieden, deren Existenz nicht allein akzeptiert, sondern affirmiert werden sollen. Darin unterscheidet sie sich radikal vom universalistischen Denken der Aufklärung²¹ und hierin ist zugleich die Grenze von Identitätspolitik angelegt. Denn die Frage danach, was nach Kapitalismus und bürgerlicher Gesellschaft kommen könnte oder sollte, wird ähnlich wie bei Mouffe/Laclau nicht gestellt, ist vielmehr im identitätspolitischen Rahmen kaum möglich. Erreicht werden soll vielmehr eine Bewahrung der identitären Differenz bei gleichzeitiger gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Gleich- oder Besserstellung.

Das ist schwer genug und überaus fragil, wie die unentwegten Angriffe auf die erkämpften oder noch zu erkämpfenden Rechte von, zum Beispiel, Migrant*innen, LGBTI* oder (nicht)religiösen Gruppen und Personen zeigen. Solche Angriffe finden sich auch im vorgeblich unpolitischen Milieu der Lebensberatung, von *New Age*, esoterisch-religiöser ›Therapie‹. In ihrem Beitrag in diesem Band geht Sarah Heinemann auf die misogynen Grundlagen eines solchen Beraters ein und stellt obendrein dar, welchen Ausweg dieser Therapeut aus dem Unglücklich-Sein bereithält: Ändere deine Einstellung und befreie dich (mental) von der Unterdrückung durch das Weibliche. Wenn es doch eher um eine tatsächliche Befreiung (nicht nur mental) geht, um eine Emanzipation aller von der Unterdrückung und Zurichtung des einzelnen Menschen, wird ein solches Konzept nicht weit tragen.

Um Emanzipation zu erreichen und ihre Erfolge dauerhaft vor Angriffen zu schützen, ist es unumgänglich, die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung zu verändern. Ein wenig scheint es jedoch, als wäre diese

²¹ Auf die ideengeschichtlichen Wurzeln von Identität (und Authentizität) in der gegenaufklärerischen Romantik weist unter anderem Kenan Malik hin. Vgl. Kenan Malik: *Das Unbehagen in den Kulturen. Eine Kritik des Multikulturalismus und seiner Gegner*, Frankfurt a. M. 2017, S. 39-55.

Utopie der umfassenden Befreiung irgendwo zwischen der schrittweisen (und quälend langsamen) Gleichstellung im Bestehenden und immer wiederkehrenden Abwehrkämpfen gegen Rassismus, Ausbeutung und Regression verloren gegangen. Dass kritische, linke Wissenschaft einen Beitrag dazu leisten kann, eine solche Utopie – oder auch eine dezidiertere Vorstellung von der gewünschten Zukunft – zu formulieren, ist am Vorschlag von Philipp Frey zu sehen. Er schlägt in Anbetracht der Automatisierung der Arbeitswelt eine kritische Technikfolgenabschätzung von links vor, die sich zu den – potenziell – emanzipatorischen und progressiven Inhalten der ›digitalen Revolution‹ radikal positioniert. Dieser »fully automated luxury communism« wäre ein solches Projekt, eine emanzipatorische Utopie – und zwar über die Grenzen von kollektiven Identitäten hinweg.

Wir bedanken uns von ganzem Herzen beim VSA: Verlag für die erneute Möglichkeit, jungen Vertreter*innen der kritischen Wissenschaft ein Forum zu geben, und wünschen viel Spaß bei der ganz sicher ebenfalls kritischen Lektüre.

Sarah Heinemann, Nina Kaiser, Lucia Killius und Martin Schröder

Autor*innen & Herausgeber*innen

Christine Braunersreuther

Nach erfolgreicher Binnen- und Bildungsmigration innerhalb Deutschlands lebt Dipl. Museologin (FH) Christine Braunersreuther nun in Graz, Österreich, und widmet sich – neben aktiver feministischer Mutterschaft – der politischen Arbeit als Gemeinderätin der KPÖ und ihrer Dissertation zu »Präsentationsformen für die Arbeit transnational agierender 24-Stunden-Betreuungskräfte in Ausstellungen« am Labor für Migrations- und Grenzregimeforschung im Fach Kulturanthropologie der Georg-August-Universität Göttingen.

Kontakt: Christine.Braunersreuther@gmx.net

Lisa Doppler

studierte in Leipzig und Osnabrück, zuletzt Migrationsforschung. Am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen promovierte sie zu Herbert Marcuse im Dialog mit Intellektuellen der Refugee-Bewegung.

Kontakt: ldoppler@uos.de

Philipp Frey

studierte Philosophie sowie Neuere und Neueste Geschichte in Tübingen und Tromsø (NO). Er promovierte am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Karlsruher Instituts für Technologie. Der Arbeitstitel seiner Dissertation lautet »Towards an automated (anti-)utopia? A critical reflection of the contemporary discourses on automation«.

Kontakt: philipp.frey@partner.kit.edu

Marcus Hawel

studierte Soziologie, Sozialpsychologie und Deutsche Literaturwissenschaft an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover und promovierte über »Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland«. Er ist Referent für Bildungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Kontakt: marcus.hawel@rosalux.org

Sarah Heinemann

studierte Sprechwissenschaft im Bachelor und Master an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU). Sie promoviert im selben Fach an der MLU zum Thema »Motivationstrainer und ihre Lehren vom Positiven Denken in der Reflexion. Zur philosophisch-ethischen Untersetzung von rhetorischen Prozessen und deren Bedeutung für die Sprechwissenschaft«.

Kontakt: sarah_heinemann.sprewi@yahoo.de

Nina Kaiser

studierte Biologie und Evolution in Berlin und promoviert zur Zeit zum Thema »Die Eroberung der Biodiversität – Koloniale Forschung« am Museum für Naturkunde Berlin.

Kontakt: nina.kaiser@mfn-berlin.de

Lucia Killius

studierte Soziologie, Philosophie und Sozialpsychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie promoviert dort im Fach Soziologie zum Thema »Arbeit und Anerkennung. Die Bedeutung von Generation und Geschlecht in familialen Anerkennungsstrukturen«.

Kontakt: lucia.killius@googlemail.com

Ki-myung Kim

studierte Theologie und Philosophie an der Chongshin University und Sungkonghoe University in Seoul, Korea. Er schreibt derzeit seine Dissertation an der Freien Universität Berlin zu Spinozas politischer Philosophie. Er ist Gründungsmitglied des Berliner Theoriekollektives »diffrakt | Zentrum für theoretische Peripherie«.

Kontakt: osr1998@gmail.com

Jan Rolletschek

hat Kulturwissenschaft, Philosophie sowie Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert und promoviert ebenda im Fach Kulturwissenschaft über das Thema »Praxis der Befreiung. Zur Anwesenheit Spinozas im Denken Gustav Landauers«.

Kontakt: jan.rolletschek@cms.hu-berlin.de

Martin Schröder

hat Politikwissenschaft, Hispanistik und Zeitgeschichte in Halle/Saale, Leipzig und Vigo studiert. In seiner Promotion am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg untersucht er Theorie und Praxis von staatlicher Herrschaft im ländlichen Raum in Venezuela im 20. Jahrhundert.

Kontakt: info@schroeder-martin.net

Vanya Solovey

studierte Linguistik an der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (Moskau). Er promoviert an der Humboldt-Universität zu Berlin in Gender Studies zu zeitgenössischen feministischen Bewegungen in Russland.

Kontakt: vanya.solovey.29@gmail.com

Karl Voßkübler

hat Politikwissenschaft, Philosophie und Psychoanalyse in Frankfurt studiert. Promotion in der Politikwissenschaft zum Thema »Substanz und Differenz. Ein kritischer Gegenentwurf zu Ernesto Laclau und Chantal Mouffe« ebenfalls in Frankfurt. Anschließend pädagogisches Studium (Darmstadt) und Lehrertätigkeit. Langjährige Tätigkeit im Landesvorstand der LINKEN Rheinland-Pfalz.

Kontakt: karl.vosskuehler@gmx.de